

# Keramischer Bund

Wochenblatt für den Keramischen Bund

Industrieverband für die Glas-, Porzellan-, Ziegel-, Grobkeramische und Baustoff-Industrie  
Abteilung des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. — Bezugspreis 1,20 Mark im Vierteljahr. — Verlag, Schriftleitung und Verbandsstelle: Charlottenburg 1, Brühlstraße 2-5. — Fernruf: Amt Wilhelm 5646 und 5647

Nummer 10

Berlin, den 5. März 1927

2. Jahrgang

## Das Arbeitszeitgesetz des Bürgerblocks.

Die Vorlage über die Neuregelung der Arbeitszeit, die dem Reichsrat und dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat zugegangen ist, lautet folgendermaßen:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird: Die Verordnung über die Arbeitszeit vom 21. Dezember 1923 (Reichsgesetzblatt 1, Seite 1249) wird, vorbehaltlich der endgültigen gesetzlichen Regelung, wie folgt geändert:

1. Der § 6 erhält folgenden Absatz 3:  
"Für die Arbeitszeit tarifvertraglich geregelt, und ist der Tarifvertrag seit nicht mehr als drei Monaten abgelaufen, so dürfen die im Absatz 1 bezeichneten Behörden nur Arbeitszeiten zulassen, die nach dem Tarifvertrag zulässig gewesen wären."

2. Der § 6 erhält folgenden Absatz 4:  
"Wird die Mehrarbeit nach Absatz 1 aus allgemein wirtschaftlichen Gründen zugelassen, so hat die zuständige Behörde sie davon abhängig zu machen, daß den Arbeitern über den Lohn für die regelmäßige Arbeitszeit hinaus ein angemessener Zuschlag gezahlt wird. Als angemessen gilt mangels einer abweichenden Vereinbarung ein Zuschlag von fünfundsiebenzig vom Hundert. Kommt über die Berechnung des Zuschlags keine Einigung unter den Beteiligten zustande, so entscheidet darüber die zuständige Behörde endgültig. Die Vorschrift des Satz 1 gilt nicht für Lehrlinge."

3. Der bisherige Absatz 3 des § 6 wird Absatz 5.

4. Der § 9, Absatz 1, erhält folgenden Wortlaut:  
"Die Arbeitszeit darf bei Anwendung der in den §§ 3 bis 7 bezeichneten Ausnahmen zehn Stunden täglich nicht überschreiten, eine Überschreitung dieser Grenze ist nur in Ausnahmefällen aus dringenden Gründen des Gemeinwohls mit befristeter Genehmigung der im § 6, Absatz 1, bezeichneten Behörde zulässig."

5. Der § 11, Absatz 3, und der § 12 fallen weg.

Die Änderungen genügen der organisierten Arbeiterschaft keineswegs. Aber wer hätte vom Weisheitsblock etwas anderes erwartet? Wenn dieses Notgesetz Gesetzkraft erlangt, werden Arbeitszeitkämpfe nicht vermieden. Die organisierte Arbeiterschaft ist keineswegs gewillt, diese Bestimmungen einfach als unabhängig hinzunehmen. Sie nimmt den Kampf dagegen auf, und die Gesetzgeber tragen die Verantwortung für die Schwierigkeiten, die der Wirtschaft daraus entstehen.

In einer Zeit, in der die wirtschaftlichen Verhältnisse die Arbeitswoche bedingen, noch den Reihentendenz entgegen zu sein, ist eine Belastung der deutschen Wirtschaft und ein ziemlich starkes Stück sozialer Unvernunft. Die deutschen Unternehmer kommen eben nur zur Einsicht, wenn sie von der Arbeiterschaft dazu gezwungen werden und viele Opfer unabhätig bringen. Hoffentlich ist die Zeit nicht mehr allzu fern, in der die Unternehmer besseren Lehren zugänglich sind.

## Die Weisheitsblock-Regierung bringt Mietpreiserhöhung.

Die erste öffentliche Tat von Massenbelastung unter dem Namen der neu gebildeten Weisheitsblockregierung durch eine Steigerung der gegenwärtigen Mietsätze um 20 Prozent. Wer 100 Mk. Miete bezahlt, muß künftig 20 Mk. mehr bezahlen, und wer 200 Mk. zu entrichten hat, dem werden 40 Mk. mehr aufgeschliffen, ohne daß die Regierung dafür sorgt, daß auch ein entsprechender Lohn- oder Gehaltsausgleich erfolgt.

Die Reichsregierung beschloß diese Maßnahme in einer Sitzung, und in Höhe wird sich der Reichsrat damit befassen. Die Verordnung ist schon ausgefertigt. Die gesetzliche Miete wird vom 1. April 1927 ab um 10 Proz., und vom 1. Oktober 1927 ab um weitere 10 Proz. erhöht. So will es die weiße Weisheitsblockregierung, und die Massen haben das hinzunehmen. Das ist der Dank dafür, daß Millionen von Arbeitern und Angehörigen der bürgerlichen Parteien bei den politischen Wahlen ihre Stimme gaben.

Wenn werden endlich einmal die Arbeitnehmer befragen, daß sie bei politischen Entscheidungen ihre Stimme nicht bürgerlichen Abgeordneten geben dürfen, weil diese in den allermeisten Fällen nur die Interessen der Vorwahlen aller Art wahrnehmen, und nicht das Wohl der arbeitenden Volksmassen vertreten?

Alle Arbeitnehmer sollten aus den politischen Voraussetzungen lernen und die richtige Lehre für sich ziehen. Die Mietpreiserhöhung trägt horizontal mit dazu bei.

Die sozialistischen Arbeiterparteien gaben im Reichstag durch Einbringung von Anträgen zu erkennen, daß sie sich gegen die Mietpreiserhöhung energisch wenden, wenn die Gelder nicht zum Bau neuer Wohnungen dienen. Die Mietbelastung wird die Arbeiter und vor allem die Erwerbslosen sehr stark treffen, und Lohn- und Lebenserhöhung sowie Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung wird die Folge sein müssen.

## Ämliche Lohnverordnungen vorgelesen.

Der Sozialpolitische Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrats ließ einen Bescheid aus, in dem vorzulesen ist, daß im laufenden Jahr amtliche Erhebungen über die Lohn- und Gehaltsverhältnisse der Arbeiter und Angestellten in ausgewählten Gewerben, Erzen, Betrieben, Arbeiter- und Angestelltenvereinen unter paritätischer Beteiligung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber veranstaltet werden, und zwar durch das Statistische Reichsbüro nach gemeinsamer Anordnung des Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministeriums. In erster Linie sollen die Erhebungen sich auf Gewerbe erstrecken, deren Lohnentwicklung sich infolge vorwiegend Stücklohnes der Facharbeiter tarifmäßig nur sehr unvollständig ermitteln läßt. Dazu sollen auch die Betriebsräte ihre Befähigung geben. Hoffentlich wird auch die Glas-, Keramik- und Porzellanindustrie bei den Erhebungen berücksichtigt.

## Der Verbandsbeirat tagte in Hannover.

Die 10. Tagung des Verbandsbeirats fand am 21. und 22. Februar im Volksheim in Hannover statt. Es war dies die erste Tagung des Beirats unter Teilnahme der Delegierten des Keramischen Bundes (seit der Glas- und Porzellanarbeiterverband) Bremen eröffnet und begrüßt den Beirat. Die Delegierten ehren in der üblichen Weise das Andenken der seit der letzten Tagung verstorbenen Kollegen Diez (Hienzburg) und Borger (Hamburg). Die Versammlung hat neben dem Tagungsraum eine Ausstellung ihrer Büroartikel veranstaltet, worauf Bremen aufmerksam macht. Es sind 105 Vertreter anwesend.

Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte:

1. Geschäftsbericht, Berichterstatter: Bremen.
2. Kassenbericht, Berichterstatter: Köppler.
3. Die Beschlüsse der Kommission des VDB, und die Auswirkungen auf den Verband der Fabrikarbeiter, Berichterstatter: Adler.
4. Wahl einer Statutenberatungskommission für den nächsten Verbandstag.
5. Arbeitszeit- und Lohnfragen in unserem Verbandsgebiet, Berichterstatter: Parkisch.
6. Das Arbeitszeitgesetz und seine Auswirkungen, Berichterstatter: Schmidt.
7. Der Keramische Bund, Verhandlungen mit anderen Verbänden, Berichterstatter: Thiemig.
8. Der Entwurf des Arbeitsschutzgesetzes, Berichterstatter: Adler.
9. Verschiedenes.

## Berichte.

In seinem Geschäftsbericht stellt Bremen fest, daß die Verschmelzung der Glas- und Porzellanarbeiterverbände mit dem Fabrikarbeiterverband sich vollzogen hat und die günstigen Auswirkungen des Zusammenschlusses sich bereits wiederholt gezeigt haben, insbesondere bei Kampfmaßnahmen. Trotz eigener umfangreicher Kämpfe hat der Gesamtverband an die analogen Vergarbeiter 10.000 Mk. abgeführt. Im Juni 1926 hat die Fabrikarbeiterinternationale getagt und sich in der Hauptsache mit der Lage der Papierarbeiter beschäftigt. Die zwei als Gäste anwesenden russischen Kollegen haben wiederum die Aufnahme ihrer Organisation in die Internationale beantragt, die aber abgelehnt werden mußte, weil die Russen die Vorbedingungen für die Aufnahme nicht anerkannten. Im August wurde die Tagung der Keramischen Internationale bestritten. Im September d. J. wird eine Delegation an der Glasarbeiter-Internationale teilnehmen. Für sein Wirken auf den Gebieten der Gesundheitsfürsorge und der sozialen Fürsorge wurde unser Verband von der Ausstellungsleitung der „Gesolei“ in Düsseldorf mit einem Diplom und der Goldenen Medaille ausgezeichnet. Während der internationalen Verbände hat unsere Organisation weitestgehende Fortschritte erzielt. Wir hoffen, daß die jetzt einsetzende Frühjahrsagitation ein gleiches oder noch besseres Ergebnis zeitigt. Bremen berichtet dann über Hauskämpfe und Neubauten des Verbandes, um Wohnungs- und Hygieneangelegenheiten. Zur Heranbildung neuer Funktionäre hat die Verbandsschule gute Arbeit geleistet. Ein Schulgebäude mit Internat soll jetzt erworben werden, wozu die Zustimmung des Beirats erbeten wird. Vom 8. bis 14. Juli 1927 soll in Hamburg unser Verbandstag stattfinden. Mehrere Praxistentreffen haben stattgefunden. Die Anwesenden Zimmermann (Essen), Bernst (Kassel), Gutjahr (Erfurt), Büdner (Gelle) sind ihres Amtes enthoben worden. Der Gauleiter Klauel (Hamburg) hat seinen Posten niedergelegt. Für die Heimindustrie, die Mummens-, Mäster- und Lederindustrie ist ein Branchenleiter angestellt worden. Bremen streift dann die Tätigkeit des VDB, insbesondere seine Wirksamkeit zugunsten des Lichtstundentages. Die Sozialdemokratische Partei hat einen entsprechenden Initiativantrag eingebracht. Leider haben die anderen beiden, mit uns in der Frage des Lichtstundentages gemeinsam wirkenden Gewerkschaftsrichtungen keinen Rückhalt bei ihren ihnen nachstehenden Parteien. Der Regierungsentwurf zur Arbeitszeitfrage schafft das Uebel der langen Arbeitszeit nicht ab. Der Arbeitsmarkt zeigt keine Besserung. Circa 9 Millionen Menschen sind auf Unterstützung angewiesen. Konsumrückgang ist die Folge und ist wieder Produktionsrückgang aus. Ein Appell an die Pflicht der Unternehmer ist zwecklos. Immerhin ist es uns gelungen, im großen und ganzen die erzwungenen Lohn- und Arbeitsbedingungen zu halten, teilweise kleine Verbesserungen zu holen. Die Nationalisierung ist für die Arbeiterschaft nachteilig. Wir hoffen, daß sie mit den Erfolgen der Nationalisierung werden? Helfen kann nur die Umstellung der privaten Produktion auf gesellschaftliche Basis. Es soll die Höhe anzuklären und vorbereiten. Unsere Wirtschaft weist auf Kapitalwachstum in den letzten Jahren, Steigerung der Inlandswarenpreise und gesteigerten Lebenshaltungskosten.

Der Gauleiter Köppler erstattet hierauf den Kassenbericht, dessen Zahlen aber noch nicht endgültig sind, weil die Bilanz noch nicht abgerechnet ist. Trotz der unangenehmen Kämpfe und trotz der unzureichenden Arbeitszeit ist das finanzielle Ergebnis kein schlechtes. Köppler acht auf die Tätigkeit der Grundstücksverbände ein, berichtet über die Beschlüsse der Glas- und Porzellanarbeiterverbände und ersucht um Entlastung für die Kassierer der genannten Verbände, der Kollegen Herzen und Stawitzki.

Zum Geschäftsbericht stimmt der Beirat einstimmig der folgenden Entschließung zu:

Die Wirtschaftsentwicklung hat zu einer völligen Unsicherheit der Existenz der Arbeiter geführt: Steadung des Verbrauchs, Nationalisierung und Technisierung des Erzeugungsprozesses haben eine riesenartige industrielle Heerarmee geschaffen, die mit ihren Familien allem Vließ der Arbeitslosigkeit ausgesetzt ist und eine drückende Gefahr für die Arbeitsbedingungen der noch Arbeitenden darstellt.

Diese industrielle Heerarmee, nur allzu bereit, in Überständen und bei unzulänglicher Bezahlung zu arbeiten, wird von den Unternehmern als Bundesgenosse benutzt, um die Lebenslage der Arbeitenden niedrig zu halten.

Die Beiratsitzung fordert als Mittel gegen Verelendung der Arbeiter und weiteren Rückgang der Gesamtwirtschaft:

Verfürgung der Arbeitszeit auf acht Stunden und weniger; Erweiterung und Durchführung des im Juli 1924 vom Reichstag beschlossenen Arbeitsbeschaffungsprogramms; auskömmliche Unterstüßungen der Erwerbslosen und Kurzarbeiter;

Abbau der Preise zum Zwecke der Hebung des Verbrauchs; einen der Feuerung der Lebenshaltung und der gesteigerten Mietpreise angemessenen Anteil aus dem Ertrage der Arbeit;

eine die Ausfuhr fördernde Zoll- und Handelspolitik; Errichtung eines Kontrollamtes für Kartelle und andere Unternehmerorganisationen oder Unternehmungen, die nach Größe und Art geeignet sind, einen wesentlichen Einfluß auf den Arbeitsmarkt auszuüben, unter maßgebender Wirkung der Gewerkschaften.

Zu all dem ist Stärkung der Organisation erforderlich, an der zu arbeiten die Pflicht aller Verbandsorgane und Verbandsmitglieder ist."

Der Beirat stimmt der Erwerbung verschiedener Grundstücke und dem Schulhausbau zu, und erteilt den Kollegen Herzen und Stawitzki Entlastung.

## Gewerkschaftliche Reformbestrebungen.

Zu Punkt 3 referiert der Kollege Adler. Die vom VDB, berufene Kommission hat in ihren Sitzungen versucht, dem Ziele größerer Einheitlichkeit in der Vertragsgeltung und im Unterstüßungswesen der einzelnen Verbände näherzukommen.

Daß die Arbeit der Kommission keine leichte sein würde, wußte man im voraus. Die Reform des Unterstüßungswesens soll geschehen zugunsten einer erhöhten Kampfbarkeit, d. h. das Unterstüßungswesen soll zugunsten der Vereinfachung größerer Mittel für den Kampf entsprechend geändert werden. Die Stufenbeiträge sind anzustreben, wo sie noch nicht eingeführt sind. Die Einheitlichkeit im Beitrags- und Unterstüßungswesen und bei der Erhebung des Eintrittsgeldes kann nur allmählich herbeigeführt werden. Das Bestreben auf Einführung einer Invalidenunterstützung in den Verbänden macht sich immer mehr bemerkbar. Unser Verband wird unter Anlehnung an die Beschlüsse der Reformkommission dem nächsten Verbandstag einen Entwurf unterbreiten.

In der sich hier anschließenden Diskussion weist Bremen auf den Einbruch der Volkswirtschaft gegen den allzu weitgehenden Ausbau der verschiedensten Unterstüßungen in den Gewerkschaften hin. Außerdem sei zu beachten, daß die Herabsetzung der Altersgrenze für Invalidität von 65 auf 60 Jahre gelegentlich erstrebt werde. Dadurch würden die 60 Jahre alten Arbeiter aus der Erwerbslosenversicherung aus, das bedeutet aber zugleich eine Belastung der gewerkschaftlichen Invalidenversicherung. Prandel empfiehlt der Reformkommission, in der Beitrags- und Eintrittsgeldfrage die Gewerkschaften als finanziell schwach zu berücksichtigen. (Stoffbeiträge v. Red.) W. H. Mann will die Unterstüßungsfrage der insofern milder streift, Ausgewählten oder arbeitslos Gewordenen gerechtfertigt werden. Derzeitig betont, daß diese Maßnahme bereits besteht. Adler geht auf die Ausführungen der Diskussionsredner ein und stellt fest, daß bei wilden Streiks die Anordnungen der zuständigen Organisation maßgebend sein. Seiten sprünge werden leider immer noch gemacht. Unabhängig davon ist die Frage der Unterstüßung der durch wilde Streiks in Mitleidenhaft Gezwungenen folgender Entscheidung abgelehnt der Beirat seine Zustimmung:

Der Verbandsbeirat nimmt Kenntnis von den Beschlüssen der Verwaltungskommission des VDB, über einheitliche Gestaltung der Gewerkschaften-Unterstützung, Eintrittsgeld, Beitragsleistung, Ferienzeiten beim Fehlen von Unterstüßungen und Leistung eines Erwerbslosenbeitrages für ausgesetzte Erwerbslose.

In den Beschlüssen der Verwaltungskommission erblickt der Verbandsbeirat eine geeignete Grundlage zur möglichst einheitlichen Gestaltung der Statuten der vom VDB angeschlossenen Gewerkschaften und beauftragt deshalb den Hauptvorstand, dem nächsten Verbandstag eine Vorlage zwecks Uebernahme der Beschlüsse der Verwaltungskommission in die Verbandsstatuten vorzulegen.

Weisheitsblock hat der Hauptvorstand zu prüfen, ob dem nächsten Verbandstag eine Vorlage über die Einführung einer Alters- und Invalidenunterstützung im Verbandsstatuten vorgelegt werden kann.

## Statutenberatungskommission.

Thiemig teilt mit, daß eine Statutenberatungskommission diesmal längere Zeit vor dem Verbandstag zusammenzutreten müßte, als das bisher üblich war. Der Beirat wählt hierauf eine Statutenberatungskommission in folgender Zusammenetzung:

- Gau 1: Continius (Hannover), Ebert (Münden);
- Gau 2: Krenzel (Maaßburg), Schoof (Neubaldensleben);
- Gau 3: Prüll (Guben);
- Gau 4: Torgak (Mörslin);
- Gau 5: Meier (Göbblin);
- Gau 6: Gaudig (Lüchow);
- Gau 7: Schumann (Weißtal, Kurzwil (Krusdorf));
- Gau 8: Schulz (Kreuz), Reinhardt (Nabla);
- Gau 9: Wals (Nabla);
- Gau 10: Schwanninger (Mühlendorf);
- Gau 11: Straßer (Waldobrun);
- Gau 12: Hartberger (Wannheim);
- Gau 13: Stahl (Darmstadt);
- Gau 14: Dertwig (Köln);
- Gau 15: Köhler (Hamburg);
- Gau 16: Kirberg (Mühlendorf);
- Beirat (Münster), Gauleiter.







# Wählt nur freigewerkschaftlich organisierte Betriebsräte!

## Wie steht es in der feinkeramischen Industrie?

In der letzten Nummer war zu lesen, daß die Tarifverhandlungen in Leipzig ohne Ergebnis verliefen. Das ist nun nicht mehr richtig. Der Schlichter tagte nämlich mit den Arbeitgebern über die Tarifverhandlungen und heute einen Manteltarifvertrag zu kommen. Dieser sieht auch danach aus. Im Urteils wurden erhebliche Verschlechterungen vorgenommen. Wir brauchen wohl nicht besonders betonen, daß ein so zustande gekommenes und so verschlechterter Manteltarifvertrag von den Arbeitnehmern nicht angenommen und als zu Recht bestehend anerkannt werden kann.

Über einen neuen Lohnvertrag und ein neues Ueberzeitabkommen wurden keine Verhandlungen gepflogen. Diese beiden Abkommen sind abgelaufen, und unsere Kollegenschaft hat darin Freiheit bei ihrem Vorgehen.

Gegenwärtig muß man annehmen, daß die Arbeitgeber den Verhandlungen und der Haltung der organisierten Arbeiterschaft nicht den Ernst entgegenbrachten, der angebracht gewesen wäre. Es kann auch sein, daß sie mit ihrem Verhalten eine Störung des Wirtschaftsfriedens beabsichtigen und damit Unruhe in ihre Betriebe bringen wollten. Vielleicht haben die Konzern die Absicht, die Einzelunternehmer ihren Kontingenzwünschen gefügiger zu machen.

Jedenfalls muß die Arbeiterschaft aus dem Gange der Dinge entnehmen, daß die Arbeitgeber die Tarif- und Lohnangelegenheiten ganz ihren Syndicat überließen. Daraus sieht man wieder die Gleichgültigkeit, mit der die Unternehmer den lebenswichtigen Forderungen der Arbeiterschaft gegenüber stehen. Wenn den Unternehmern darum zu tun wäre, mit ihren Belegschaften ins reine zu kommen, hätten sie die Arbeiterforderungen etwas mehr beachtet.

Mag es nun sein, wie es will, möge sie diese und jene Absichten haben, das eine steht fest: Entgegenkommen zeigten sie nicht. Für die schwierige Lage der Arbeiterschaft haben sie kein Verständnis. Für den wahren Wirtschaftsfrieden haben sie kein Interesse. Den notwendigen Hinweis der Verhandlungskommission haben sie gleichgültig gegenüber.

Nun müssen es die Arbeiter mit Hilfe ihrer Organisationen auf eine andere Art versuchen. Sie tun deshalb gut, in jedem einzelnen Betrieb der Zementindustrie wissen zu lassen, daß sie nun bereits vier Jahre länger über Leipzig in die Industrie gebracht haben, daß sie nun am Ende ihrer Kraft sind, und daß sie die restlose Erfüllung ihrer von der Verhandlungskommission gestellten Forderungen verlangen. Sollte kein Verhandlungswille gezeigt werden, dann muß klare Antwort verlangt werden, ob die Firma den Betriebsfrieden aus purer Starrköpfigkeit stören will, oder ob sie zu dem notwendigen Entgegenkommen bereit ist.

Die Organisationsleitung gibt den Belegschaften das Recht zu ihrem Vorgehen, weil sie sieht, daß auf der Gegenseite jeglicher Wille fehlt, den Belegschaften dringend notwendige Lebensbedingungen zu gewähren. Wo es nicht auf gute Weise und mit Verständigung geht, ist der Kampf um bessere Lohn- und Tarifbedingungen einzuleiten.

Nicht durch Medienarten ablenken lassen, sondern klare Antwort und die Bewilligung der bekannten und berechtigten Forderungen verlangen.

Die feinkeramischen Industriellen hatten mehr als eine Gelegenheit, ihren guten Willen zu zeigen. Da sie ihn in keiner Weise zum Ausdruck brachten, sind sie allein schuld an den Kämpfen, die sich nun in den verschiedenen Betrieben abspielen.

Vorzellanarbeiter und -arbeiterinnen, ihr Kampf um Lebensnotwendigkeiten, um vorerhaltene Rechte, um erweiterte Grundlagen eurer geschmälerten Existenz, nehmt das Opfer auf euch, sonst können die Unternehmer immer mehr zu der Auffassung, sie können auch dauernd als Sklaven behandelt, neigen auf den Kampf fürs Recht!

## Kampf in der feinkeramischen Industrie.

„Was man sich nicht erkämpft, wird einem nicht gegeben.“

Dank der famosen Lohn- und Tarifpolitik der beim Arbeitgeberverband der deutschen feinkeramischen Industrie tätigen Syndicat, Juristen und Nichtjuristen, ist es nun wieder zum Kampf gekommen. Um es gleich vorweg zu sagen: wir sind darüber nicht böse. Können wir doch jetzt den Arbeitgebern den Beweis bringen, wo es hin führt, wenn man das Schicksal von Hunderten von Betrieben und von Zehntausenden von Menschen außerordentlich wichtigen Arbeiter — in die Hände von Herren legt, die von der Produktion an sich und von dem Können und Willen der Arbeiterschaft keine Ahnung haben. Bei den letzten Verhandlungen war ein großer Trost der namhaftesten und tonangebendsten Arbeitgeber aus dem ganzen Deutschen Reich erschienen; aber nur so lange, als die freien Verhandlungen dauerten, blieben sie sichtbar. Zu den Verhandlungen selbst sagten sie kein Wort. In die Schlichterkammer entsandten sie als Vertreter nicht Männer der Industrie, nicht Fachleute, sondern industriefremde Angestellte, die u. E. — das haben wir im Vorstand in einer Unterredung in Leipzig auch wissen lassen — sich gegenseitig an Täuschung überließen wollen. Verschlechterungen auf der ganzen Linie wurden uns bei den Verhandlungen zugewutet. Jede Altersklasse sollte einen anderen Stückpreis bekommen. Zum Beispiel: Ein Dreher von 24 Jahren erhält für hundert Zeller einen anderen Stückpreis als ein Dreher von 22 Jahren. Und ein 21jähriger erhält wieder einen anderen Preis als ein 23jähriger. Ein Mangelkutter erhält einen anderen Preis als ein Gelektner. Frauen wiederum andere Preise als Männer, auch wenn sie denselben Artikel machen. Und einen solchen Absinn hatten die Syndicat für durchführbar. Lohnabzug von 5 Proz. wurde verlangt und mit Energie erbeten. Laufzeit ein Jahr. Die Herren sind gar nicht unheimlich, das muß man sagen. Eine Befehlsfirma von verschiedenen Orten in eine niedrigere Ortsklasse wurde verlangt. Die Änderung der Arbeitgeber sah so aus:

Von Klasse A nach Klasse B: Gainsdorf, Ruisdorf, Frankfurt a. d. Ober-, Ober-, Oberdorf, Kadeh, Wehl, Jena.

Von Klasse B nach Klasse C: Brattendorf, Erdmannsdorf, Georgenthal, Gdrizmühle, Gafelbach, Güttenstein, Köpplsdorf, Weermach, Wengersdorf, Neubaus, Reunow, Reunow, Sonneberg, Fleus, Reunow, Eigendorf, Steinach, Steinbach, Stügerbach, Zettau, Luweibach, Zordamm.

Zuerst hatte man noch eine neue Ortsklasse D verlangt, mit Kobretzenbach darin. Das ließ man später fallen. Das tollste bildeten die Urlaubsforderungen der Unternehmer, sie lauten:

Den Arbeitern wird nach zweijähriger Werkzugehörigkeit Urlaub von zwei Tagen und nach je drei weiteren Jahren weiterer Urlaubstag gewährt bis zu einer Höchstzahl von 14 Urlaubstagen. Sonn- und Feiertage, die in die Urlaubsfall, sind wie Urlaubstage zu behandeln und wie Urlaubs-

tage zu bezahlen. Arbeitern und Arbeiterinnen, die das 20. Lebensjahr nicht vollendet haben, wird ein Urlaub nicht gewährt.“

Diese Urlaubsforderungen der Unternehmer sind eine Provokation der gesamten Porzellanarbeiter. Man will also die Porzellanarbeiter der Schwindsucht vollständig ausliefern. An einem Feiertag sollen die Arbeiter Urlaub erhalten. Welche Gnade! Für die Arbeitszeit forderten die Unternehmer folgendes:

„Das bisherige Abkommen über die Arbeitszeit wird für das Jahr 1927 beibehalten mit der Maßgabe, daß der bisherige Zuschlag für die 48 bis 54. Stunde in Fortfall kommt.“

Ein Jahr also bloß. Warum nicht gleich zehn Jahre?

Unsere Kollegen im ganzen Lande haben auch die richtige Antwort gegeben. Aus dem ganzen Reich erhalten wir Zustimmung zu unserem Verhalten und die Forderung, den anbotenen Kampf aufzunehmen. Eine Anzahl Personale hat schon ihre Kündigungen eingereicht und tritt nach Ablauf der Kündigungsfrist in den Streik. Die Arbeitgeber versuchen, die Delegationen, die bei ihnen vorsprechen, mit Redensarten abzuweisen. Demgegenüber verweisen wir darauf, daß augenblicklich kein Lohnvertrag und auch kein Abkommen über die Arbeitszeit besteht. Die Betriebsbelegschaften sind also frei, und die Zeit muß ausgenutzt werden. Seit Juni 1925 haben die Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen keine Lohnzulage erhalten. Viele Betriebe haben das Lohnniveau der in der Porzellan- und Steingutindustrie Beschäftigten weit überboten. Die Industrie kann Lohnhöhungen tragen; augenblicklich ist guter Geschäftsgang; dabei stehen wir vor der Leipziger Messe. Wenn uns die Unternehmer nicht freiwillig das geben, was wir brauchen und fordern, müssen wir es uns erkämpfen. Darum, Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen: Auf zum Kampf. Ubi Solidarität, ubi Disziplin. Kämpft die Wankelmütigen auf. Organisiert die uns noch Fernstehenden.

## Kahla-Schönburg im falschen Fahrwasser.

Die Betriebe der Kahla A.-G. brachten den Aktionären vielfach recht erhebliche Profite. Aber die Belegschaften konnten sich nicht wohl dabei fühlen. Die Arbeits- und Antreibermethoden in den Kahla A.-G.-Betrieben sind berüchtigt. Die Klagen der Arbeiterschaft rissen nie ab und mancher Kollege mußte schon die Sache von Betriebsgewaltigen über sich ergehen lassen, wenn er für Recht und Gerechtigkeit eintrat. Eigentlich sollte man meinen, eine Firma, wie die Kahla A.-G., könnte mit ihren Profiten zufrieden sein und auch der Arbeiterschaft etwas vom und zum Leben gönnen; aber Großgüligkeit der Belegschaften gegenüber scheinen die Betriebsleitungen nicht zu kennen, sonst müßten doch die Klagen über die Kahla A.-G. verstummen. Anscheinend rechnet es sich dieses Unternehmen zur Ehre an, nicht nur wegen seiner glänzenden Profite Ruhm auf sich zu häufen.

Wenig erfreuliche Dinge werden uns aus Freiberg und aus Margarethenhütte berichtet, und selbst in Kahlaer Betrieben sieht es nicht rosig aus, sonst könnte es dort mit den Drehern nicht zu Differenzen gekommen sein.

Der Leiter der Geschirrabteilung, namens Rau in Freiberg, holt sich gern Arbeiter aus Bayern. Kürzlich ließ er einen Dorftrüger von dort kommen, trotzdem genug arbeitslose Porzellaner in Freiberg vorhanden sind. Das Arbeitsamt in Freiberg wird sich wohl mit diesem Gebahren zu beschäftigen haben. Die sonstigen Klagen in der Geschirrabteilung kommen später noch dran.

In der Elektrodreherei ist auch nicht alles in Ordnung. Dort hat die Antreiberei Scherbenhausen zur Folge.

In der Stanzerei verhielt es sich in einem jungen Kollegen Selbstmord, angeblich wegen zu schlechter Entlohnung. Nach der Tat wurde dann der Preis, weswegen sich der Stanzler verdammt beschwert hatte, etwas aufgewertet. Rühle der Verantwortliche in der Preisfrage wohl etwas wie Schuld?

Im Brennhause versucht der Überbrenner Plebs die Beschäftigten mit Androhung von Strafen zu willigen Arbeitern zu machen. Ob er für die Dauer Glück haben wird, steht noch dahin. Es hat aber den Anschein, daß sich unliebsamer Konfliktstoff anhäuft.

In Margarethenhütte verdienen Dreherkolonnen ihren an sich zu niedrigen Tariflohn nicht. Die Firma kommt also den Tarifbestimmungen nicht nach und gegen die „berühmte“ Kahla-Schönburg-Interessengemeinschaft muß der Klagenweg beschritten werden.

Lohnabzügen wurden auch bei Dreherinnen vorgenommen, so daß diese nicht mehr den Mindestlohn erreichen. Auch sonst bestehen in der Margarethenhütte noch erhebliche Klagen, deren Ursache mit darin liegt, daß nicht die gesamte Belegschaft durch Ausschluß an den Keramischen Bund ihr Recht sucht. Aber für unsere organisierten Kollegen und Kolleginnen wird die Organisation eine feste Stütze sein. Sie werden den Kampf mit der Kahla-Schönburg-Interessengemeinschaft bestehen. Wenn diese die Belegschaften weiter zu skandalisieren will, dann wird ihr mit aller Deutlichkeit gesagt, daß auch ihre Macht ein Ende hat. Sie mag dafür sorgen, daß ihr nicht eines schönen Tages das schärfste Geschöß verdorben wird. Über beachtlich die Firmenleitung, ihre Belegschaften zu provozieren, um sie dann um so mehr einzuschüchtern? Wir können ihr verraten, daß sie sich irrt, wenn sie auf diese Karte setzt. Die geschicktesten Personale sollten die tariflose Zeit benutzen, um der Firmenleitung zu zeigen, daß sie eine gerechtere Behandlung als Arbeiter verlangen müssen.

## Teilstreit.

In der Porzellanfabrik G. m. H. S. in Köllmitz streiten die Dreher, weil die Firma in keiner Weise willigt, die Tarifrechte zu gewähren. Angeblich nach Köllmitz sind zu unterlassen. Die Fabrik befindet sich antiseptisch in verkehrten Händen. Man kann das daraus entnehmen, daß für die 140 Personen starke Belegschaft zwei Direktoren, ein Kassierer, vier Buchhalter, drei Stenotypistinnen, ein Betriebsleiter, ein Überdrehler, ein Expedient, dessen Gehilfe, ein Obermaler, ein Maschinenmeister, ein Geschirrkontrollant und eine Überdrehlerin vorhanden sind, und daß bei vier vorhandenen Esen nur 22 bis 3 Esen in der Woche, trotz vorhandener Aufträge gebrannt werden. Unter diesen Umständen kann sich der Betrieb wohl kaum rentieren, und die Firmenleitung verlor, durch Lohn- und Gehaltsforderungen die Rentabilität herbeizuführen. Das können sich die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht bieten lassen. Sie sind zur Abwehr gezwungen. Wie leichtfertig die Firma auch mit dem Schicksal junger Menschenkinder umspringt, ergeben die Zustände in der Malerei. Dort sind acht Maler und sechszehn Lehrlinge beschäftigt. Das ist in die reinste Lehrlingszuchtanstalt. Die Lehrlinge werden wahrlich nicht sofort nach dem Auslernen auf die Straße geworfen. Die Eltern der Lehrlinge hätten in Verbindung mit dem Betriebsrat die Forderung, auf strikte Innehaltung der Lehrvertragsbestimmungen zu achten. Vielleicht achten auch die Geschlechter der Firma auf die recht ausschließliche Betriebsabbarung der Betriebsverantwortlichen in Köllmitz, damit sie nicht eines Tages vor Lebensschancen stehen. Die Arbeiterschaft läßt sich diese Art Lebensbehandlung nicht bieten und erwartet, daß der Betrieb wirtschaftlicher geleitet wird. Eigentlich sollte das Gelebe eine Dankschuld bieten, so arbeitliche Betriebsleitungen zu vernünftigeren Methoden zu zwingen.

## Konzentration in der Zement-Industrie.

Die deutsche Zementindustrie hat in den letzten Jahren große Anstrengungen gemacht, um auch den letzten Außenfeind in ihre Kartelle und Syndicate hineinzu bekommen. Es ist zwar nicht ganz gelungen, alle Außenfeind unter die Kontrolle der Syndicate zu bekommen, auch sind wieder einige Werke neu entstanden, aber im großen und ganzen kann man wohl sagen, daß die Syndicate die Produktion beherrschen. In der Zementindustrie beträgt das Nominalkapital circa 200 Mill. Mk., umfassen also nur einen kleinen Teil der deutschen Wirtschaft, aber dadurch, daß durch die syndizierten Werke die Produktion fast vollständig beherrscht wird, ist die Zementindustrie für die deutsche Wirtschaft ein wichtiger Faktor geworden. Der Absatz und die Festlegung des Preises erfolgt durch die Verkaufsvorstände. Es ist schon des öfteren nachgewiesen worden, daß die deutsche Zementindustrie heute mit bedeutend weniger Arbeitskräften leistungsfähiger ist, wie vor dem Kriege. Ein Teil nicht rentabler Werke ist stillgelegt. Allerdings wird auch von einzelnen Nachleuten behauptet, daß nicht immer die unrentabelsten Werke stillgelegt sind. Inwiefern diese Behauptungen, die ab und zu in der Presse auftauchen, richtig sind, läßt sich nicht so ohne weiteres nachprüfen.

Die letzten beiden Jahre 1925 und 1926 haben den Zusammenschluß fast restlos herbeigeführt. Ende 1925 ist die Verlängerung der Verträge der einzelnen Zementfirmen erfolgt und zwar auf 5 bis 10 Jahre bei den einzelnen Verträgen. Vorausgegangen waren langwierige Verhandlungen, die sich hauptsächlich um die den einzelnen Werken zuzubilligenden Kontingente drehten. Nachdem nun die Grundlage des Zusammenschlusses gegeben war, fanden im Laufe des Jahres 1926 Verhandlungen statt, die sich hauptsächlich mit der Neuordnung des gegenläufigen Absatzverhältnisses der vier großen Verkaufsvereinigungen beschäftigten. Es sind das: 1. der Norddeutsche Zementverband, 2. der Süddeutsche Zementverband, 3. der Weltdeutsche Zementverband, 4. der Mittenzementverband.

Wie schon ausgeführt ist, gibt es innerhalb der Gebiete der einzelnen Verbände noch eine geringe Anzahl Außenfeind. Eine Monopolstellung der obigen Verbände ist aber noch nicht ganz durchgeführt. Die Schwierigkeiten der Verhandlungen über die Kontingentierung sollen bei den Süddeutschen Werken gelegen haben, deren verfallener Produktionsstand geraum werden mußte. Im Dezember 1926 ist nach monatelanger Verhandlung der Abschluß eines Vertrages erfolgt. Im einzelnen sind die Quoten wie folgt verteilt:

Norddeutscher Zementverband 40 bis 45 Proz., Süddeutscher Zementverband 25 Proz., Westdeutscher Zementverband 20 bis 25 Proz., und der Mittenzementverband den Rest.

Der Zusammenschluß der einzelnen Werke hat ebenfalls Fortschritte gemacht. J. B. erwarten die Wiedingischen Portlandzement- und Wasserfallwerke Akt.-Ges. in Münster i. W. mit einem Aktienkapital von 20 Mill. die Aktienmehrheit der Akt.-Ges. für Rhein.-Westf. Zementindustrie, Bedum i. Westf., mit einem Aktienkapital von 1 Mill. Mk. Weiter: die Portlandzement- und Kalkwerke Abbach/Donau, Akt.-Ges. in Abbach a. d. D., Aktienkapital 900 000 Mk., haben sich mit der Portlandzementfabrik Fortsch. am Main, Ludwigsh. Akt.-Ges., Karlsruhe am Main, Aktienkapital 4520 000 Mk., fusioniert. Die Schlesische Portlandzement-Industrie Aktien-Gesellschaft, Groschowitz, mit einem Aktienkapital von 27 Mill. Mk., wurde unter Beteiligung fast aller Oberschlesischen Werke im Juli 1926 gegründet. Im November 1926 ging die Mehrzahl der Gesellschaften des Portlandzementwerkes Balingen an die durch Interessengemeinschaft verbundenen Firmen Doderhoff & Sebne, G. m. H. S., Wadeneburg, und E. Schwenk, Zement- und Steinwerke, Ullma a. d. Donau, über.

Mit diesen engen Verbindungen war es aber noch nicht ganz getan. Die einzelnen Werke bzw. verbundenen Gesellschaften schlossen wieder mit anderen Werken und Gesellschaften Interessengemeinschaften. Nur eine der wichtigsten, weil der größten, sei hier genannt.

Ende 1925 wurde die Interessengemeinschaft der Portlandzementwerke Heidelberg-Kannheim-Stuttgart, die ein Aktienkapital von 25 Mill. Mk. präsentierte, mit den Wiedingischen Portlandzement- und Wasserfallwerken, Akt.-Ges. geschlossen. Letztere verfiel über ein Aktienkapital von 20 Mill. Mk. Diese Interessengemeinschaft repräsentiert fast ein Viertel der gesamten deutschen Zementproduktion. Ende 1926 erfolgte noch der Ankauf der Aktienmehrheit und der gesamten Vorzugsaktien der Braunschweiger Portlandzementfabrik Solde durch die Norddeutsche Portlandzementfabrik, Akt.-Ges. Müßburg.

Wir sehen in der deutschen Zementindustrie das Bestreben nach einem möglichst restlosen Zusammenschluß, um die Produktion und demzufolge auch die Preisgestaltung zu beherrschen. Vor einiger Zeit schrieb ein Fachmann im Daudschteil der „Reiziger Neuesten Nachrichten“, daß die Zementindustrie nach ihrer heutigen Produktionsfähigkeit in der Lage wäre, die Produktion zu verbilligen, denn außer der Tatsache, daß sie nicht nur durch den Ankauf und die dadurch erfolgende Stilllegung der weniger rentablen Werke belastet würde, habe sie noch außerdem gute Gewinne zu verzeichnen.

Wir möchten ergänzen, daß die Zementindustrie nicht nur in der Lage ist, die Produktion zu verbilligen, sondern auch erheblich höhere Löhne, wie sie zurzeit bestehen, zu zahlen. Aber noch anderes sehen wir. Während die Zementindustrie bestrebt ist, möglichst restlos alle Produzenten unter einen Hut zu bekommen, leben wir auf der anderen Seite auf dem Gebiete des Lohn- und Tarifwesens eine außerordentliche Vielteiligkeit und Zersplitterung.

Bei den Zementgewaltigen bestand seit jeher das Bestreben, hier keine Einheitslichkeit aufkommen zu lassen.

Am liebsten hätte jedes Werk für sich einen Tarifvertrag mit der betreffenden Arbeiterschaft abgeschlossen ohne Mitwirken der gewerkschaftlichen Organisation. Neben Bezugsverträgen bestehen eine ganze Anzahl Orts- und Werkverträge. So außerordentlich voneinander verschieden sind die einzelnen Verträge nicht, daß nicht einmal etwas Einheitsliches geschlossen werden könnte. Auch die Konkurrenzverhältnisse der einzelnen Bezirke und Werke sind im großen und ganzen einheitlich, und brauchen keiner Sondergrund zu bilden. Dafür ist aber bei der Arbeiterschaft der Zementindustrie keine Vereinigung vorhanden. Diese ganz andersgeartete Stellungnahme, hier Einheitsheit, soweit es sich um ihre eigenen Interessen handelt, im Fortwachen mögliche Zersplitterung, weil es sich um Arbeiterinteressen handelt. Gerade diese Tatsache müßten auch den letzten Zementarbeiter aufzufallen und ihn veranlassen, sich eben so fest zusammenzuschließen. Der geschlossenen Macht der Zementindustrie muß die Zementarbeiterschaft eine ebenso geschlossene Macht gegenüberstellen. Im Zementarbeiterverband, Abteilung Keramischer Bund, sind die Voraussetzungen dafür gegeben. Die Zementarbeiter haben alle Ursache, diese Organisation zu stärken, wenn sie nicht wollen, daß sie mehr und mehr ins Hintertreffen geraten. Auch der letzte



# Die Frau und die kommenden Betriebsräte-Neuwahlen.

Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten, so lautet Artikel 109, Absatz 2 der Reichsverfassung. Ebenbürtig steht also die Frau neben dem Mann als gleichberechtigte Staatsbürgerin. Das Recht der Knechtschaft ist gefallen, ihre Rolle als Untergeordnete, als Sklavin ist ausgepflegt. Obgleich nun rechtlich kein Unterschied mehr zwischen Mann und Frau besteht, drängt sich doch die Frage auf: Wie ist es denn um unsere „gleichberechtigten“ Frauen bestellt? Haben diese erkannt, daß es gilt, ihre so teuer erworbenen Rechte zu nützen und weiter auszubauen? Man müßte meinen, noch immer nicht, denn allerwärts überwiegt die alte Tradition: die Unselbständigkeit der Frauen und gerade der arbeitenden Frauen. Nach immer mangelt es ihnen die Erkenntnis dessen, daß mit ihrer errungenen Position im Wirtschaftsleben auch ihr Anteil an der Mitwirkung in allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen ganz bedeutend wächst. Besonders hervorzuheben ist beispielsweise die Mitwirkung in Betriebsrat und deshalb müssen die Frauen am Betriebsratsrecht genau so interessiert sein, wie die Männer. Leider ist aber zu verzeichnen, daß Betriebe mit überwiegend weiblicher Belegschaft zum Teil ohne jede gesetzliche Vertretung sind. Andererseits, d. h. dort, wo eine Betriebsvertretung besteht, ist die Frau fast durchweg in der Minderheit. Dieser Zustand vertritt sich aber nicht mit den besonderen Interessen der Arbeiterin, denn nur durch ihre Mitwirkung der Frauen selbst können hier zunächst die bestehenden Verhältnisse, soweit sie zum Schutz der Arbeiterin gesetzlich geregelt sind, erhalten und verbessert werden. Nicht erwägen will ich dabei die weiteren Forderungen, die auf ihre Erfüllung drängen.

Zur Frage der Befähigung der Frauen zur Ausübung des Amtes als Betriebsrat kann schon gesagt werden, daß sie in dieser Beziehung hinter den Männern nicht zurück stehen. Einzelne tüchtige Kolleginnen haben dies durch ihre jahrelange Tätigkeit bewiesen. Was eben den Frauen fehlt, ist — und das muß immer wieder gesagt werden — Selbstständigkeit, Selbstvertrauen und das nötige Klassenbewußtsein. Alles dies sind Eigenschaften, die nicht zu einer Arbeiterin passen und die diese so schnell wie möglich überwinden muß. Die Aufgaben, die erfüllt werden müssen, sind zu wichtig und die Lage für die Arbeiterin ist zu ernst, als daß die Frauen teilnahmslos daran vorübergehen dürften.

Um die Aufgabengebiete der Frau als Betriebsrätin besonders hervorzuheben, sei erwähnt, daß in der Frage der Arbeitszeit, die im allgemeinen einer dringenden Regelung bedürftig ist, in Betrieben mit weiblicher Belegschaft oftmals recht unliebsame Verhältnisse bestehen. Wie sehr diese der Regelung bedürftig, soll folgender Fall beweisen: Auf meine Anfrage an eine Kollegin, inwieweit sie durch ihre Tätigkeit an der Maschine körperlich und seelisch in Mitleidenschaft gezogen wird, berichtet sie mir: bei ständiger Arbeitszeit sei ihre Arbeitskraft vollständig aufgebraucht und sobald sie darüber hinaus arbeiten muß, tritt eine völlige Ueberanstrengung fürwahrlich

und seelisch ein, die ihr jede Lebensfreude raubt. So erschütternd diese Tatsache ist, müssen wir immer bedenken, daß diese eine Antwort die Antwort aller Arbeiterinnen sein kann. Jede geleistete Ueberstunde zehrt doppelt an Kraft und Gesundheit der Arbeiterin und deshalb muß hier durch die Mitwirkung der Arbeiterin selbst Wandel geschaffen werden. Ein weiteres dunkles Kapitel ist das Akkord- und Krämienystem. Als anerkanntes Ausbeutungssystem macht es sich besonders unter den Arbeiterinnen geltend. Sie dagegen zu wehren ist wohl angebracht, aber in den meisten Fällen zwecklos und deshalb muß sich dies die Arbeiterin einigermaßen erträglich gestalten, was ihr gelingen wird, wenn sie sich mit ihrer Leistung im Rahmen des möglichen hält und ihre Entlohnung auf ihre Wichtigkeit hin prüft. In dieser Frage herrscht vielfach Unklarheit, wodurch ungeheure Schädigungen der Arbeiterin hervorgerufen werden können. Diese abzuwenden muß sich der Betriebsrat bzw. die Betriebsrätin zur Aufgabe machen. Weiterhin können viele Unregelmäßigkeiten in bezug auf Einstellung und Entlassung vermieden werden, wenn sich die Belegschaft hier durch ihre Vertreter ein gewisses Mitwirkungsrecht sichert. — Die Urlaubsfrage, obgleich sie gesetzlich geregelt ist, bereitet den Betriebsrätinnen oftmals noch viel Schwierigkeiten, daß der Betriebsrat auch hier regeln eingreifen muß. Dies letztere trifft allerdings auf alle im Tarif festgelegten Bestimmungen zu.

Die wichtigste Aufgabe, die der Betriebsrätin erwächst, ist wohl die, auf Einhaltung der allgemeinen Schutzbestimmungen zu achten und darüber hinaus dafür zu sorgen, daß die Arbeiterinnen voll in den Genuss des Mutterschutzes kommen. Wie wenig dieser Mutter- bzw. Schwangerschutz von Seiten der Arbeiterin beachtet wird, zeigt die Tatsache, daß es noch heute vorkommt, daß hochschwangere Frauen von der Arbeitsstätte weggeschickt werden müssen, um unübersehbare Gefahren für Mutter und Kind zu vermeiden. Eine Arbeiterin, die tagtäglich im Betriebe fronen muß, muß ihre im Schwangerschutz gesetzlich geregelte Ruhezeit unbedingt innehalten, sie muß weiter während der Zeit der Schwangerschaft solche Arbeit zugewiesen bekommen, die sie ohne körperliche Schädigung verrichten kann. Auf diesem Gebiet zu wirken ist eine der wichtigsten Tätigkeiten der Frauen am Wohle der gesamten Menschheit.

In allen hier angeführten Fragen haben unsere männlichen Kollegen vollkommen ihre Pflicht erfüllt, was durchaus nicht verkant werden darf, aber zu gewissen Zeiten kann sich in die Pflicht einer Frau nur eine Geschlechtsgenossin verstehen und deshalb sollen diese Stellen dazu angetan sein, unseren Kolleginnen in das Bewußtsein zu rufen, in ihrem eigenen Interesse. Und nun, Kolleginnen, in meinen Worten habt ihr Gelegenheit, euren Betriebsrat neu zu wählen: lortet dafür, daß auch ihr durch eine Geschlechtsgenossin vertreten seid. Ergreift vor allem auch dafür, daß dort, wo bisher noch keine Stellung zur Betriebsratswahl genommen worden ist, sofort die Wahl eingeleitet wird. Die Arbeiterin darf nicht auf das wichtige Mitbestimmungsrecht im Betrieb verzichten und die Frau darf nicht unvertreten sein. U. Kabe.

Zementarbeiter muß in unsere Reihen treten und für Verbesserung seiner Lebenslage kämpfen. Tarif- und Lohnfragen sind wichtig.

Nicht nur die Löhne sind in der Zementindustrie mit am niedrigsten, sondern auch in der Arbeitszeitfrage müßte eine Lösung herbeigeführt werden. Ist doch die Tatsache zu verzeichnen, daß durch die Einführung des Zweischichtensystems in den Zementwerken und die Verlängerung der Arbeitszeit für die übrigen Arbeiter in Verbindung mit der Rationalisierung ein großer Teil der Zementarbeiter auf Straßenflaster geworfen wurde. Die Zementindustrie ist heute so gut ausgebaut, daß sie bei wesentlich höherer Lohnen und einer bedeutend längeren Arbeitszeit erhebliche Gewinne abwerfen würde. Das Geschäft, das eine längere Arbeitszeit und höhere Löhne die Wirtschaftlichkeit der Betriebe gefährden würden, ist eher ein Geschäft.

Dabei sind die Zementarbeiter durch Stärkung ihrer Organisation, des Zementarbeiter Bundes, den wirten Nachhilfe leisten, so haben sie eine Gewähr dafür, daß auch ihre Interessen in Zukunft gewahrt werden können. B. W.

## Ihr Ziegler, wacht auf!

Wenn ihr wieder eure Arbeitslage während der kommenden Kampagne einseht, fragt eure noch nicht organisierten Kollegen, fragt alle jene, die noch gleichgültig unserer Bewegung, unserer Organisation fernstehen:

Was ist die da abseits?  
Was bist du nicht organisiert?  
Weißt du nicht die Tatsache, daß jeder Gastwirt, jeder Landwirt, jeder Lehrer und jeder Arzt, bestimmt aber jeder Arbeitgeber organisiert ist?

Sagt ihnen, daß auch ihr Arbeitgeber in Wahrung ihrer Interessen im Arbeitgeberverband sich eng zusammenschließen haben, um ihre Rechte in jeder Art geltend machen zu können. Jeder der Gleichgültigen, zum Teil auch Jurdichtamen, möge sich fragen:

Was ist mein Arbeitgeber organisiert ist?  
Diese Reihen, Jurdichtamen werden prompt zu hören befehlen:

Weil ich als Alleinbrotverdiener ohnmächtig bin.  
Um erster Schwachsinn meine Rechte entgegenzusetzen zu können.  
Deshalb bin ich organisiert.

Nachdem wir schon frag, die der ganzen Arbeiterbewegung festsehen, daß der Arbeitgeber zur Vertretung und zur Bekämpfung seiner Interessen sich die gemeinsamen Interessen, Rechtsanwälte, Doktoren und Richter heranzieht und sie zu seinen Gunsten wagt, und sie auch als keine Vertreter heranzieht, zu Zieglerlöhnen glänzend bezahlt. Sagt das ihnen, daß sie planlos, alles ohne selbst, im alle jenen, die die Arbeit nicht gelernt, und fragt jeden einzelnen dieser Teilnehmer an einem Arbeiter:

Was tust du?  
Sagt ihnen, daß es keine Zeit habe, die die Arbeit nicht gelernt, sagt ihnen, daß es notwendig und unvermeidlich ist, sie gebilligten Forderungen und streikten Kämpfen den Forderungen ihrer Ausbeutung und ihrer Unterwerfung entgegenzusetzen.

Sagt ihnen aber auch, daß es wohl eine Möglichkeit gibt, diesen ausbeuterischen, unheimlichen Gebaren ein Ende zu setzen. Laßt sie die ihr, die ihr Sinn, Ziel und Zweck der Organisation erkannt hat, auf die Pflichten, besonders jene, die wohl die Forderungen und Forderungen eines Kampfes und Kampfes sich annehmen, sich aber beharrlich weigern, in einer Reihe mitzuarbeiten und teilzunehmen an einem Kämpfe. Mithin solche schlagmännischen Helfer auf, laßt sie auf, wo und wann ihr Gelegenheiten habt, werbt ohne Unterlaß und bringe sie in eine Kampfbereitschaft.

in den Verband der Zieglerarbeiter Deutschlands, in den Keramischen Bund.

## Ziegler-Funktionär-Konferenz.

Von der Ortsverwaltung Oberwalde des Zieglerarbeiterverbandes Deutschlands war zum Sonntag, den 6. Februar, nach dem Verlassen des Herrn Schindler eine Zieglerfunktionär-Konferenz einberufen worden. Die Konferenz war durch Funktionäre folgender Ortsverbände vertreten: Leberberg-Kampagne,

Freienwalde, Hohenfinow, Heegermühle, Schöpfung-Steinfurt und Oberwalde. Ferner waren einzelne Gäste dieser Industriezweig, sowie der Kollege Eisner vom Keramischen Bund, Charlottenburg, anwesend. Der Vortrag, den der Kollege Eisner hielt, dürfte so manchen Ziegler für die Funktionen ergeben haben, was auch in der Diskussion zum Ausdruck gebracht wurde. Es war leider nicht möglich, den Vortrag größeren Kreisen zur Kenntnis zu bringen. Aber dessen ungeachtet haben ja jetzt die Funktionäre die Pflicht, ihre Eindrücke, die sie aus dem Vortrag gewonnen haben, ihren Kollegen im Betriebe zu unterbreiten und ihnen immer wieder zu sagen, daß es absolut notwendig ist, wenn die wirtschaftliche Lage der Ziegler gebessert werden soll, daß sie sich reiflos organisieren müssen. Gerade die zurzeit bestehenden Zustände spotten jeder Verbesserung. Der Arbeitgeber kann sich allem Anschein nach noch immer nicht an die neue Zeit gewöhnen, sondern sieht die gute alte Zeit recht bald zurück. Dieses wird nur deshalb, weil er früher nicht an einen Tarifvertrag gebunden war und somit freie Hand in der Entlohnung hatte, um den Leuten bessere Löhne zu zahlen, als der Tarifvertrag vorschreibt, sondern weil ihm die Löhne viel zu hoch erschienen und ihm die Arbeitszeit auch nicht in den Kram paßt. Früher teilweise bis zum Kriegsausbruch, konnte man in der Zieglerindustrie überhaupt keine geregelte Arbeitszeit, sondern der Ziegler mußte arbeiten von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Mit der langen Arbeitszeit war auch eine dementsprechende Entlohnung verbunden. Sollte eine Familie sich redlich durchs Leben schlagen, so mußte Frau und Kind ebenfalls mitarbeiten. Löhne waren an der Tagesordnung, die sich zwischen 18 bis 22 Pf. pro Stunde bewegten. Deshalb auch die Sehnsucht der Arbeitgeber nach der guten alten Zeit. Der Ziegler hatte nichts zu melden, er galt nur als ein Arbeitsflave und weiter nichts. Und heute, Kollegen? Wir haben auch noch nicht das Paradies auf Erden, aber immerhin doch nicht mehr diese haarsträubenden Zustände wie in der Zeit vor 1918. Trotzdem sind hier noch große Mängel zu verzeichnen, die einer gründlichen Abhilfe bedürfen. Hat die Organisation es fertiggebracht, teilweise Verbesserungen zu erringen, so haben die Ziegler mit dazu beigetragen, die sich der Organisation zur Verfügung gestellt haben. Sollen wir für die Zieglerkollegen etwas Besseres schaffen, so ist es notwendig, daß diejenigen, die sich bisher immer auf andere verlassen haben und den Weg zur Organisation nicht fanden, sich ebenfalls der Organisation anschließen, wenn sie nicht die Schuld an der Niedrighaltung der Löhne haben wollen. Die Konferenz nimmt auch zu der Lohnfrage in der Zieglerindustrie Stellung. Sie wollen keine Extrawurst geboten haben, aber letzten Endes den anderen Industriearbeitern in der Lage nicht nachsehen. Sie verlangen menschliche Löhne. Der Kampf der Ziegler unterliegen will, die bessere Lohn- und Arbeitsmöglichkeiten zu erringen, welche sich der Organisation, dem Verband der Zieglerarbeiter Deutschlands an jeder Funktionär ist bereitwillig Maßnahmen entgegenzunehmen. Paul Kalkincki.

## Aus dem Verbandsleben.

Generalversammlung Gera-Vermsdorf.  
Am Sonntag, den 6. Februar 1927, fand die Generalversammlung der Bezirksabteilung Gera-Vermsdorf im Gasthaus „Zum Adler“ in Gera statt, die von 19 Delegierten besucht war. Der 1. Vorsitzende, Kollege G. H. H. H., gedachte in seiner Eröffnungsrede der im Berichtsjahre verstorbenen Kollegen und Kolleginnen. Die Versammlung ehrte die so früh Verstorbenen durch Erheben von den Rängen. Der Geschäftsbericht des Bevollmächtigten war ein ausgedehnter. Er ging ausführlich auf den Abschluß eines Lohn- und Tarifvertrages der Kalkindustrie ein. Hierbei behandelte er die Lohnvertragsfragen in der Ziegler-, Papier- und chemischen Industrie. Speziell das Werk Zeitzschau ist es, was die Arbeiter ohne Verband schaffen können. Die Arbeiter haben sich in diesem Werke den schwersten Bedingungen unterordnen müssen. Die Generaldirektion dieses Werkes hat geradezu mit den Arbeitern Schindler getrieben. Leider fand sie die Unterstützung von nichtswichtigen Elementen, die bewußt Arbeitererrat treiben, nur um sich anzuschauen. So ist heute Zeitzschau ein Betrieb, in dem sich die wirt-

In der Woche vom 27. Februar bis 5. März ist der 10. Wochenbeitrag fällig.

schaffliche Reaktion toll ausstößt. Die im Betrieb befindlichen Stahlhelme haben ihn bald wirtschaftlich ruiniert, und man spricht schon davon, daß der Schlußtritt nicht weit entfernt sei. So muß es solchen Betrieben ergehen. In den angeführten Industrien ist hart um die Erhaltung des Lichtstundentages gekämpft worden. Leider hat er sich nicht in allen Betrieben erhalten lassen, weil zu viele Kollegen waren, die sich einer längeren Arbeitszeit beugten.

Kollege G. H. H. H. sprach eingehend die Lohnpolitik mit der man im Berichtsjahre nicht zufrieden sein kann. Die Unternehmer haben noch nicht einmal für Verhandlungen Verständnis aufgebracht. Die Verwaltungsarbeit hat eine ganze Reihe von Verammlungen und Sitzungen beansprucht. Der Postverkehr war sehr umfangreich.

Der Bericht des Bezirksleiters Kollegen Martin erstreckte sich auf die Vorgangsbetriebe im Bereich der Bezirksabteilung. Am 1. August ist die Vereinigung der Verbände (Fabrikarbeiter, Porzellanarbeiter und Glasarbeiter) vollzogen worden. Der Bericht umfaßte zwei verschiedene Zeiten. Die frühere Porzellanarbeiterabteilung, die Gernsdorf, Reichenbach, Moschütz und Langenberg umfaßte, ist mit nach Gera geschlagen worden. Die Porzellanarbeiter sind gut organisiert. Die Arbeitslosigkeit war in einigen Betrieben besonders groß. Ein Betrieb hatte mehrere Monate stillgelegen; Kurzarbeit war in mehreren Betrieben zu verzeichnen. Das Arbeitsverhältnis ist durch Reichstagsvertrag geregelt. Ueberstunden wurden teilweise recht viel gemacht, beispielsweise in einer Porzellanfabrik 10 000 Ueberstunden allein. Die Ueberstundenwirtschaft muß in Anbetracht der vielen arbeitslosen Kollegen verschwinden. Jeder Kollege muß soviel Lohn bringen, Ueberstunden einzuführen. Differenzen hat es in den Porzellanfabriken sehr viele gegeben, schon allein der bezügliche Mantelvertrag verursacht große grundsätzliche Meinungsverschiedenheiten. Dazu kommt die Kieselanzahl der probierten Artikel, deren Unterschiedlichkeit in Größe, Qualität, Arbeitsmethoden. Die Beratung der Arbeiter und der Kollegen hat viele Sitzungen und Versammlungen im Anspruch genommen. Der Klassenbericht für die Porzellanindustrie wies aus, daß die Zahl der Erkrankten ganz besonders hoch war. Das Zahlenmaterial ist im „Mitteilungsblatt Nr. 25/26“ erschienen. Wir erwarten uns daher, darauf an dieser Stelle einzugehen.

Der Kassierer der Bezirksabteilung, Kollege Sturm, erstattete den Jahresklassenbericht, der durchaus interessant war. An Erwerbslose hat die Zahlstelle über 25 000 Mark an Prante über 10 000 Mark ausgegeben, dazu kommen die Ausgaben der früheren Porzellanarbeiter. Der Verband ist nach jeder Richtung hin so ausgebaut, daß die Unterstufungen ins Auge fallen. Mit einem Lokalkassenbestand von etwa 4 000 Mark konnte der Abschluß erfolgen.

Der Mitgliederbestand betrug am Jahresabschluss 2219. Seit Januar wird auch die Zahlstelle Gera und Umgegend von unserer Bezirksabteilung mitverwaltet. In Gernsdorf wird ein Zweigbüro unterhalten, das speziell die Porzellanarbeiterangelegenheiten zu bearbeiten hat.

Die Ansprache über die gegebenen Berichte bewegte sich in aufstimmenden Tönen. Gestellte Anfragen der Delegierten wurden zur Zufriedenheit beantwortet.

Bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung wurde die bisherige Verwaltung mit einer Ausnahme wiedergewählt. Ein neuer Kollege trat für einen anderen Kollegen ein.

Unter Anträge wurde beschlossen, gegen einen Kollegen aus dem Werke Zeitzschau das Ausschlußverfahren zu eröffnen wegen Verbandschädigung.

Zum Schluß der Generalversammlung wurden aus den Reihen der Delegierten gestellte Anfragen durch die Verwaltung beantwortet. Nach fast 7tündiger Tagung konnte die harmonisch verlaufene Generalversammlung der Fabrikarbeiter von Gera, Gernsdorf, Wünschendorf und Umgegend geschlossen werden. Die Einigkeit, die sich in der Verammlungen gezeigt hat, ist das Spiegelbild der Mitgliederfreudigkeit. Die Bezirksabteilung ist innerlich geschlossen und wird auf Angriffe der Unternehmer entsprechend gerüstet sein. Die Tätigkeit der geschäftsführenden Verwaltung, die vielen Verhandlungen und Sitzungen, die geführten gerichtlichen Klagen und die Korrespondenz beweisen, daß der Fabrikarbeiterverband für seine Mitglieder alles tut, was irgend wie möglich ist. Die Aussprache über die verschiedenen Punkte hat auch ergeben, daß die verschmolzenen Porzellanarbeiter sich in den Reihen der Fabrikarbeiter wohl fühlen. Wenn hier und da kleine Meinungsverschiedenheiten aufgetaucht sind, so sind sie in kollegialer Weise erwidert worden. Im Bereich der Bezirksabteilung ist noch eine Reihe unorganisierter Kollegen vorhanden. Aufgabe aller Mitglieder ist es, den letzten Mann die letzte Frau, das letzte Mädchen, die in den dem Verband zuständigen Betrieben beschäftigt sind, heranzuholen. Alles muß organisiert sein, dann werden die Erfolge des Verbandes nachhaltiger und materieller sein. In diesem Sinne hinein in die neue Geschäftsjahr und im Geiste der Brüderlichkeit an die Arbeit.

Kottbus-Grabenberg. Die Ortsverwaltung der Zahlstelle hat die gegen den Ortsgruppenkassierer Hans Werner in Naundmühl in Umlauf gesetzte beleidigende Nachrede des früheren Verbandsmitgliedes Willi Scholz nachgeprüft und ist zu folgendem Ergebnis gekommen:

Die Beleidigung, welche der Arbeiter Willi Scholz aus Kottbus dem Kassierer Hans Werner der Ortsgruppe Naundmühl zugefügt hat, beruht auf Unwahrheit. Wir haben die Entwürfe eingehend geprüft und sind zu der Ueberzeugung gekommen, daß Werner die Erwerbslosenunterstützung an Scholz ausgezahlt hat. Den Verbandsmitgliedern möge dies zur Kenntnis dienen.

Die Handlungsweise des Scholz überlassen wir dem Urteil unserer Verbandsmitglieder und warnen vor dessen Wiederholung in den Verband.

## Arbeitsmarkt.

Ein tüchtiger, nüchtern Schmelzer auf Hafensofen (deutsch) wird für sofort gesucht. Näheres zu erfragen bei Stanislaus Roslad, Glasfabrik, Graubner Comp., Station Kärn, Ostland.

Es werden gesucht 2 bis 3 ledige Flaschenmacher, die auf Rohen über Kübel und Nabel auf eingerichtet sind als Fleißarbeiter. Arbeitsnachweis Lünen, Ernst Bibich, Lünen-Nord, Vorstraße 58.

Ein Glasflaschenmacher auf Tischschiff und alle vorkommenden Arbeiten mit drei Werkstellen sucht Stellung. Verheiratet, ist Wohnuna erwünscht. Eintritt kann sofort erfolgen. Johann Zwettler, Giersdorf, Nlab. (Schle).

Sohn ehrbarer Eltern, zu Ostern aus der Schule kommend, will die Glasflaschenfleißerei erlernen und sucht passende Stellung. Offerten sind zu richten an Richard Scharf, Gieselschreiber, Griesenroba, Friedrichs Gasthof.

Tüchtiger Porzellanfleißer sucht für sofort Stellung. Firm in allen Arbeiten. War in einer größeren Fabrik tätig und ist an handeres und fleißiges Arbeiten gewöhnt. Angebot unter „F. 16“ an den „Keramischen Bund“ erwünscht.

Zwei tüchtige, ledige Maler, firm in Wand, Wand, Stempel und Staffage, sowie in Kobalt, Reston und reichem Polierarbeiten, suchen Stellung. Eingehende Offerten sind unter „F. 15“ an den „Keramischen Bund“ zu richten.

Verlag: Albin Karl, Charlottenburg, Brabestr. 2-5. Verantwortlich für den Inhalt: Edwin Kenninger, Charlottenburg, Brabestr. 2-5. Druck: G. Janiszewski, Berlin SO. Elisabethufer 28/29.